



ZDF-Politbarometer April I 2013: SPD und Steinbrück im Tief

ZDF-Politbarometer April I 2013: SPD und Steinbrück im Tief
Deutsche Mehrheit sagt: Euro-Austritt wäre schlecht für Deutschland
Politbarometer-Projektion: Kurz vor ihrem Parteitag rutscht die SPD weiter ab. Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, käme die CDU/CSU auf 42 Prozent (plus 2) und die SPD nur noch auf 27 Prozent (minus 2). Die Grünen blieben konstant bei 14 Prozent, die Linke bei 6 Prozent (minus 1) und die FDP bliebe unverändert bei 4 Prozent. Die sonstigen Parteien kämen zusammen auf 7 Prozent. Neben einer großen Koalition hätte damit nur eine Koalition aus CDU/CSU und Grünen oder aus SPD, Grünen und Linke eine Mehrheit.
K-Frage: Bei der Frage, wen die Deutschen nach der Bundestagswahl im September lieber als Kanzler/in hätten, verfügt Angela Merkel weiterhin über einen sehr großen Vorsprung vor dem SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück. 63 Prozent wünschen sich Merkel (März II: 60 Prozent) und 27 Prozent Steinbrück (März II: 29 Prozent) in diesem Amt, 10 Prozent äußern sich nicht (März II: 11 Prozent).
Kanzlerkandidaten-Profil: Bei den persönlichen Eigenschaften "glaubwürdig" und "sympathisch" erhält Angela Merkel jeweils sehr viel bessere Bewertungen (44 Prozent beziehungsweise 50 Prozent) als Peer Steinbrück, den nur 11 Prozent für glaubwürdiger und 17 Prozent für sympathischer halten. Gerade in punkto Glaubwürdigkeit sehen aber viele (40 Prozent) keine großen Unterschiede zwischen der Amtsinhaberin und ihrem Herausforderer, 27 Prozent finden weder Merkel noch Steinbrück sympathischer. Wenn es um die Lösung der Euro-Krise geht, trauen 46 Prozent Angela Merkel mehr zu und nur 10 Prozent Peer Steinbrück (kein Unterschied: 34 Prozent). Mehr soziale Gerechtigkeit erwarten erstmals mit 26 Prozent geringfügig mehr Befragte eher von Angela Merkel als von Peer Steinbrück (24 Prozent), während 43 Prozent da keine großen Differenzen erkennen können.
TOP TEN: Platz eins der Top Ten nimmt weiterhin Bundeskanzlerin Angela Merkel ein, die sich mit einem Durchschnittswert von 2,2 (März II: 1,9) auf der Skala von +5 bis -5 wieder deutlich verbessert hat. Danach folgen Wolfgang Schäuble mit unveränderten 1,5 und praktisch gleichauf mit jeweils 0,9 Frank-Walter Steinmeier (März II: 1,0) und Thomas de Maizière (März II: 1,1). Ursula von der Leyen kommt unverändert auf 0,7, Horst Seehofer auf 0,5 (März II: 0,6), Sigmar Gabriel auf 0,3 (März II: 0,4) und Peer Steinbrück auf 0,0 (März II: 0,1). Am Ende des Rankings liegen nach wie vor Guido Westerwelle mit unveränderten minus 0,3 und Philipp Rösler mit minus 1,1 (März II: minus 1,2).
SPD und Soziale Gerechtigkeit: Am Wochenende verabschiedet die SPD ihr Programm für die Bundestagswahl, bei dem ein Schwerpunkt auf Fragen der "sozialen Gerechtigkeit" liegt. Dass Themen wie die Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Einführung einer Vermögenssteuer und der Mindestlohn der SPD eher helfen werden, wenn es um ein gutes Abschneiden bei der Wahl geht, meinen 46 Prozent aller Befragten, 12 Prozent glauben, dass ihr das eher schaden wird und 38 Prozent erwarten, dass das keine großen Auswirkungen haben wird. Konkret finden zum Beispiel die SPD-Forderung nach Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro 81 Prozent richtig und nur 16 Prozent sprechen sich dagegen aus (weiß nicht: 3 Prozent).
Allerdings glauben 54 Prozent, dass es in Deutschland im Hinblick auf die soziale Gerechtigkeit nicht viel anders aussehen würde als jetzt, wenn nach der nächsten Bundestagswahl Rot-Grün regieren würde. Lediglich 27 Prozent erwarten für diesen Fall mehr soziale Gerechtigkeit und 12 Prozent befürchten sogar das Gegenteil.
Austritt aus dem Euro: Wenn Deutschland aus dem Euro austreten und eine eigene Währung einführen würde, wäre dies nach Meinung von 66 Prozent eher schlecht für Deutschland, 26 Prozent sehen in solch einem Schritt eher Vorteile (weiß nicht: 8 Prozent). In diesem Zusammenhang geben 17 Prozent aller Befragten an, sie würden bei der Bundestagswahl eine Partei wählen, die sich für den Austritt Deutschlands aus dem Euro einsetzt. Mit 26 Prozent ist der Anteil besonders hoch unter Befragten, die eine der vielen "sonstigen Parteien" präferieren und unter denen, die noch nicht wissen, wen und ob sie wählen wollen oder bisher die Absicht haben, nicht zur Wahl zu gehen. Aber auch unter den Anhängern der Linken (20 Prozent) und der SPD (18 Prozent) gibt es hierfür überdurchschnittliche Zustimmung, während bei den Anhängern von Grünen (8 Prozent) und CDU/CSU (11 Prozent) vergleichsweise wenige mit einem solchen Schritt liebäugeln.
Euro-Krisenmanagement der Kanzlerin: Dass Angela Merkel in der Euro-Krise ihre Sache eher gut macht, meinen 70 Prozent aller Befragten und 22 Prozent urteilen hier mit "eher schlecht" (weiß nicht: 8 Prozent). Hierbei erhält Merkel in allen Partei-Anhängergruppen mehrheitlich positive Bewertungen (Anhänger der CDU/CSU: 88 Prozent, SPD: 60 Prozent, Linke: 64 Prozent und Grünen: 64 Prozent).
Die Umfrage zum Politbarometer wurde wie immer von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen durchgeführt. Die Interviews wurden in der Zeit vom 9. bis 11. April 2013 bei 1302 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten telefonisch erhoben. Die Befragung ist repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Der Fehlerbereich beträgt bei einem Parteiateil von 40 Prozent rund +/- drei Prozentpunkte und bei einem Parteiateil von 10 Prozent rund +/- zwei Prozentpunkte. Daten zur politischen Stimmung: CDU/CSU: 48 Prozent, SPD: 26 Prozent, FDP: 3 Prozent, Linke: 4 Prozent, Grüne: 14 Prozent. Das nächste Politbarometer sendet das ZDF am Freitag, 26. April 2013.
Fotos sind erhältlich über die ZDF-Pressestelle, Telefon: 06131 - 70-16100, und über <http://bilderdienst.zdf.de/presse/politbarometer>
twitter.com/ZDF
Internet: pressetreff.zdf.de
e-mail: presse@zdf.de
Fon: +49 6131 / 70-12120/1

Pressekontakt

ZDF

55100 Mainz

presse@zdf.de

Firmenkontakt

ZDF

55100 Mainz

presse@zdf.de

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage